Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Bahle, Magdeburg.
Für den Inseratenteil: Karl Lankau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnoldt, Magdeburg
Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis:
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mk. exkl. Bestellgeld,
Einzelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7242.
Insertionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 13 — Magdeburg, Donnerstag, den 16. Januar 1896. — 7. Jahrgang.

Die agrarische Begehrlichkeit.

Mit den „kleinen" Mitteln sind die notleidenden Agrarier nicht zufrieden; die Kreuzzeitung wiederholt: daß die „kleinen" Mittel auf die Dauer nur nützen können, wenn auch die „großen" ihre Wirkung üben — und nach diesen großen Mitteln strecken die Junker und Junkergenossen ihre „von harter Arbeit rauh gewordenen Hände". Erst die Fabrikation der Margarine zurückgedrängt, dann der Antrag Kanitz — unerschöpfbar ist die Begehrlichkeit der geld- und beutehungrigen Junker; und so etwas unterfängt sich, zu reden von der Begehrlichkeit der Massen und nach Polizeimitteln zu rufen, das Geschrei dieser Massen zu unterdrücken. Die Begehrlichkeit der Junker wird in den nächsten Stunden wieder einmal der Welt offenbart werden; der Reichstag giebt den Junkern Gelegenheit, nachdem sie fast eine Woche lang sich über die „kleinen" Mittel zur „Hebung der deutschen Landwirtschaft" geäußert, nun auch über die „großen" Mittel, den Antrag Kanitz, sich zu äußern.

Verschiedentlich ist über den Zweck des Antrags und die Tendenz, die ihm innewohnt, an dieser Stelle referiert worden. Der Antrag stellt an den Reichskanzler das Verlangen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollgebiet bestimmten ausländischen Getreides mit Einschluß der Mühlenfabrikate ausschließlich für Rechnung des Reiches erfolgt. Die Verkaufspreise des Getreides sollen nach den inländischen Durchschnittspreisen der Periode 1850—1890 (also beispielsweise für Roggen auf 165 Mark, für Weizen auf 215 Mark für die Tonne), die Verkaufspreise der Mühlenfabrikate nach dem wirklichen Ausbeuteverhältnis den Getreidepreisen entsprechend bemessen werden, so lange hierdurch die Einkaufspreise gedeckt sind, während bei höheren Einkaufspreisen auch die Verkaufspreise entsprechend zu erhöhen sind.

Der Antrag soll für die Dauer der bestehenden Handelsverträge Geltung haben; die Handelsverträge gelten bekanntlich bis zum 1. Februar 1902, also nur noch für die Dauer von 6 Jahren. Ist diese Zeit verstrichen, so gedenken die Junker die weitere künstliche Steigerung der Getreidepreise durch Erhöhung der Getreidezölle zu ersetzen — erbauliche Aussichten für die deutschen Konsumenten und Steuerzahler. Daß es den Junkern mit ihrem Antrag um eine Erhöhung der Getreidepreise zu thun ist, geht aus der Begründung des Antrags hervor, welcher sich nur dadurch von einem Antrag auf Erhöhung der Getreidezölle unterscheidet, daß er bestimmte Minimalpreise für das Getreide festsetzen will.

In den Reichstagssessionen 1893/94, 1894/95 wurde der Antrag Kanitz zur Beratung gestellt, am 14. April 1894 mit 159 gegen 46 Stimmen abgewiesen und 1895 zum zweiten Male eingebracht, am 30. März 1895 an eine Kommission verwiesen. Die Verhandlungen der Kommission sind bis zum Tage des Sessionschlusses fortgesetzt worden; aber zu einem Abschluß ist es nicht gekommen. Gegen den Antrag Kanitz hatte sich auch am 21. März 1895 der Staatsrat erklärt und in einer Resolution dessen Undurchführbarkeit ausgesprochen. Es wurde offen eingestanden, daß der Antrag eine Verteuerung des wichtigsten und allgemeinsten Nahrungsmittels bezwecke, auch nicht in Uebereinstimmung zu bringen sei mit den bestehenden Handelsverträgen. Im Reichstage erklärte sich am 29. März 1895 die Regierung gleichfalls gegen den Antrag. Der Reichskanzler widerlegte schlagend die Behauptung, daß der Antrag Kanitz der Landwirtschaft Nutzen bringt, nur einem einzigen Teile derselben käme der Antrag zu gute.

Nach der Berufsstatistik von 1882 sind in Deutschland 5 276 344 landwirtschaftliche Betriebe; davon umfassen 2 323 316 Betriebe nur einen Umfang von weniger als 1 Hektar, weiterhin 1 719 922 Betriebe einen Umfang von 1 bis 5 Hektar, die Zahl dieser Betriebe, die, wie jeder Kenner der Landwirtschaft bestätigen wird, kein Getreide zu verkaufen haben, macht also 76 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe aus. Rechnet man auf die 4 043 238 Betriebe je 3½ Personen, so handelt es sich hier um eine Bevölkerung von 15 Millionen Menschen, die von der Erhöhung der Getreidezölle keinen Vorteil haben. Da die landwirtschaftliche Bevölkerung auf 19 Millionen geschätzt werden kann, bleibt nur eine Bevölkerung von 4 Millionen übrig, welche mehr oder minder von den erhöhten Getreidepreisen Vorteil hat. Aber der Nutzen, den die 1 233 106 landwirtschaftlichen Betriebe aus dem Antrag Kanitz ziehen, ist noch ein sehr verschiedener. Nach der amtlichen Statistik giebt es

554 171	Betriebe von	5	bis	10	Hektar
372 431	„ „	10	„	20	„
239 887	„ „	20	„	50	„
41 623	„ „	50	„	100	„
24 476	Betriebe von	100	bis	1000	Hektar und
515	„ „	1000	Hektar und darüber.		

Es umfassen demnach die drei obersten Stufen (Betriebe von 50 Hektar [200 Morgen] und darüber) nur 66,614 Betriebe aber eine landwirtschaftliche Fläche von zusammen rund 10½ Millionen Hektar und die beiden obersten Stufen nur 24,991 Betriebe, aber eine landwirtschaftliche Fläche von zusammen rund 7¾ Millionen Hektar. Diese letzten Gruppen von rund 25000 Betrieben, deren Eigentümer ¼ des ganzen deutschen Ackerbaues ihr Eigen nennen, würden die Hauptausbeuter des Antrags Kanitz ebenso sein, wie sie die Ausbeuter der Getreidezölle sind. Wie Eugen Richter in seinem ABC-Buch annimmt, produzieren diese Landwirte mindestens den vierten Teil alles Brotgetreides, welches Deutschland hervorbringt, also wenigstens 1,75 Millionen Tonnen für den Konsum und sicherlich nicht weniger als 1,50 Millionen Tonnen für den Verkauf. Auf diese Verkaufsmenge macht eine Preissteigerung von 60 Mark für die Tonne, wie sie nach dem gegenwärtigen Preisstand der Antrag Kanitz durchschnittlich zur Folge haben würde, 90 Millionen Mark aus — auf 90 Millionen ist also mindestens der Nutzen anzuschlagen, den der Antrag Kanitz bei dem gegenwärtigen Preisstande den 25000 Großgrundbesitzern allein an Brotgetreide gewähren würde. Für den Brot konsumierenden Teil der Bevölkerung würde aus dem Antrag Kanitz für eine Familie von 5 Köpfen eine Belastung von jährlich 46,10 Mark entspringen, diese Belastung geht also weit über die Belastung hinaus, welche sich schon aus den vorhandenen Kornzöllen (30,40 Mark) erzielt.

Unsere Leser wissen nunmehr, warum die Junker so gewaltig nach den „großen" Mitteln schreien — des „großen" Gewinnes wegen und können selbst ermessen, ob der Antrag Kanitz der ganzen Landwirtschaft Vorteil bringt. Nein, die kleinen und mittleren Bauern haben sogar ein lebhaftes Interesse daran, daß der Antrag Kanitz nicht angenommen wird, von dem an bestimmter Stelle ausgesprochen, daß er dem **Korn- und Brotwucher** Vorschub leistet.

Behauptete doch sogar in der Sitzung am 14. April 1894 der Abg. v. Bennigsen, daß, so lange das Deutsche Reich und der Reichstag bestehen, noch kein Vorgang vorhanden ist, geeignet, in einem solchen Umfange Wasser für die Mühle der Sozialdemokratie zu liefern, als der Antrag der Konservativen und Antisemiten — — „bis in diese Höhe der **Gemeingefährlichkeit** hat noch keine einzige der agrarischen Forderungen hineingereicht". Und Herr v. Bennigsen forderte auf, „sich aufzuraffen, sich zusammen zu thun und energisch zu erklären, endlich ist der Zeitpunkt gekommen, wo der Handvoll Fanatiker das Heft aus den Händen genommen wird". Im Widerspruch mit diesen Ausführungen sind dann im nächsten Jahre die Nationalliberalen für die Kommissionsberatung des Antrags Kanitz eingetreten — nur Sozialdemokraten und Freisinnige stimmten dagegen. Wie die Verhandlung diesmal abschließt, läßt sich unschwer voraussagen — der Antrag wird abgelehnt; ob die Zahl der „Fanatiker sich vermehrt, welche eine (um mit Bennigsen zu reden) „gemeingefährliche" Agitation für die Landwirtschaft betreiben, bleibt abzuwarten. Den Agrariern bietet die Sozialdemokratie Paroli, sie wird die Begehrlichkeit der gesättigten Existenzen genau so scharf kritisieren, wie sie das System des Korn- und Brotwuchers gebührend beleuchten wird. Auf alle Fälle gießt die dritte Beratung des Antrags Kanitz Wasser auf unsere Mühlen, die nie zum Stillstand gebracht werden können. —

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Die Erkrankung des **Landgerichts-Direktors Brausewetter** wird allenthalben eifrig besprochen. Es ist bekannt: Herr Brausewetter hat als Vorsitzender einer Strafkammer Aeußerungen gethan, die Befremden erregt und die Kritik herausgefordert haben; es sind unter seinem Vorsitze Strafurteile gefällt worden, die die Kritik in der gleichen Weise beschäftigt haben. Jetzt ist Herr Brausewetter erkrankt. Allem Anschein nach ist diese Krankheit nicht plötzlich entstanden, sondern hat sich vielleicht schon früher bemerkbar gemacht, ohne daß der Leidende sonderlich hierauf geachtet hat. Es ist anzunehmen, daß die logische Klarheit seines Denkens durch die Krankheit beeinträchtigt wurde und ihn der Leidenschaftslosigkeit beraubt hat, die man (wie die Vossische Zeitung schreibt) für die Aufgabe eines Richters, vor allen Dingen eines Strafrichters, halten muß. Obwohl er seine Stimme oft zu Ungunsten der Sozialdemokratie in die Wagschale gelegt hat, wird in uns Teilnahme wachgerufen, die wir als Menschen dem Menschen, und sei er unser Gegner, nie versagen werden. —

Vom dolus eventualis.

In der deutschen Juristenzeitung hebt Rechtsanwalt Staub die immer häufiger werdende Anwendung des dolus eventualis hervor. Der Begriff ist zwar nicht neu, den Juristen ist er von der Universität aus bekannt. Aber die Fälle seiner Anwendung haben einen Umfang erfahren, der früher unbekannt war. Die Gefahr unrichtiger Anwendung ist doch wohl nicht ganz unbegründet, und es wird unser oberster Gerichtshof vorsichtig zu erwägen haben, ob man dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes wird zumuten können, eine juristische Konstruktion zu acceptieren, nach welcher jemand,

„der bestrebt war, seine Worte so zu wählen, daß eine Verfolgung wegen Majestätsbeleidigung ausgeschlossen erschien,"

der also den festen Vorsatz hatte, eine Majestätsbeleidigung nicht zu begehen, wegen vorsätzlicher Majestätsbeleidigung bestraft werden kann. —

Der **Fall Wehlan** wird in der Kölnischen Zeitung von einem mit den meisten Tropenländern gründlich vertrauten Reisenden eingehend besprochen und scharf verurteilt. In West- und Ost-Afrika werden alle seit dem Aufhören der Sklavenverschiffung von Eingeborenen oder Europäern begangenen Schandthaten in der Regel mit echt afrikanischer Uebertreibung erzählt. Aber trotz dieser landesüblichen Uebertreibungen entsinnt man sich keines der Wehlanschen Abschlachtung der drei Bakoko-Gefangenen an Verruchtheit gleichkommenden Gegenstücks. Eine derartige That muß, mag auch das richterliche Urteil darüber noch so milde lauten, jeder deutsche Kolonialfreund so weit von sich wegweisen, als ob sie nicht von einem Manne deutscher Abstammung, sondern von irgend einem Dahomekönig begangen worden wäre. — Wir können mit Genugthuung konstatieren, daß der Fall Wehlan von der gesamten deutschen Presse scharf verurteilt wurde. Ausnahme macht nur ein antisemitisches Organ. —

Zu welcher Partei gehören die Lehrer?

Pfarrer Naumann veröffentlicht in der Hilfe einen Aufsatz über Pestalozzi, in der er die Frage stellt, welcher Partei sich die Lehrer anschließen sollen. Er empfiehlt ihnen seine eigene Partei mit folgenden Worten:

Deutsche Lehrer, seht Euch einmal die Bestrebungen der jüngeren Christlich-Sozialen an! Hier ist eine Richtung, die wie geschaffen ist für Eure thätige Mithilfe. Zwar ist sie noch nicht zur Partei geworden, aber ihre Anhänger wachsen. Alles, was Arbeit heißt, kämpft gegen die Uebermacht von Zins und Rente. Versteht Ihr dies nicht, Ihr, die Ihr täglich arme kleine Kinder um Euch habt, denen man an den Gesichtern den Zoll ansehen kann, den ihre Väter an den Mammon zahlen? Habt Ihr nicht auch manchmal das Gefühl, daß, wenn nicht ein starker Geist der sozialen Reform kommt, die heutigen Kinder sich später einmal vor Haß, Hunger und Wahn gegenseitig zerreißen werden? Es muß geholfen werden, die Staatsmacht muß gezwungen werden, den Weg sozialer Reform wieder einzuschlagen, der Oeffentlichkeit muß zugerufen werden: Umkehr oder Verderben! Der deutsche Lehrer aber sollte bei dieser Zukunftsarbeit nicht fehlen; denn Lehrer sind Diener des kommenden Geschlechts.

Der Vorwärts bemerkt hierzu: Wenn sich die Lehrer den Satz „Alles, was Arbeit heißt, kämpft gegen die Uebermacht von Zins und Rente", recht gründlich überlegen, dann werden sie wohl zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht ratsam ist, daß sie sich von der Partei der Arbeit, der Sozialdemokratie, fernhalten und sich statt dessen abseits vom großen Kampfe, zu einer Gruppe pastörlich-sozialistischer Eigenbrödler schlagen. —

Das Stöckersche Volk **droht** mit dem Abfall der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Elemente, sobald die konservative Partei das Bedürfnis empfinden sollte, der Partei das ausschließliche Gepräge einer agrarischen Adelspartei zu geben, in der vielleicht Handwerkern nur die Rolle von Statisten und geduldeten Dekorationsstücken zugewiesen werde. Als ob dies nicht schon jetzt geschehen ist. —

Die **antideutsche Gesinnung** in London beginnt nachzulassen. Sie würde schon längst nachgelassen haben, wenn die chauvinistischen Blätter Deutschlands und Englands nicht so gewaltig sich aufgebläht hätten. —

Herr **v. Stumm** läßt durch die Post dementieren, daß er den St. Johann-Saarbrückener Generalanzeiger angekauft habe. —

Eine echt kapitalistische Umwandlung

vollzieht sich seit einiger Zeit im Rhedereigeschäft. Fast in allen soeben erschienenen Handelskammerberichten wird festgestellt, daß die Seefrachten sich während des ganzen Jahres auf einem äußerst niedrigen Stand gehalten haben, so daß eine rapide Entwertung des älteren Flottenmaterials herbeigeführt wird. Es kommt dabei immer mehr und mehr die Ueberzeugung zum Durchbruch, daß Schiffe größter Dimensionen allein noch Gewinn abwerfen. Deshalb schreitet man überall da, wo immer noch der Warenaustausch einigermaßen genügende Beschäftigung in Aussicht stellt, zur Einstellung von Schiffen, die an Größe über

die vor wenigen Jahren noch als riesig angestaunten erheblich hinausgehen. Diesem fortschreitenden Entwickelungsgange, der alle bisher geltenden Anschauungen über Amortisation des in die Schiffe gesteckten Kapitals über den Haufen wirft, steht ein mit ungemein billigen Herstellungskosten und durch den Fortschritt der Technik verbilligter Vertrieb zur Seite, der von den Riesenrhedereien zur Zeit benutzt wird, ihren Flottenbestand durch den Neubau der größten Dampf- und Segelschiffe zu vergrößern. Besonders haben die Hamburger Rhedereien den Entwicklungsgang begriffen und eine Menge größerer Schiffe in Auftrag gegeben, wovon einige, die wegen schnellerer Herstellung in England erbaut werden. Somit vollzieht sich auch im See-Schiffahrtsgewerbe eine Kapitalskonzentration, deren Machtverhältnissen viele kleine Rhedereien zum Opfer fallen, aber auch eine Menge Seeleute, die dadurch brotlos werden. —

* * *

Frankreich.

Nach einem im Unterrichtsministerium ausgearbeiteten Gesetzentwurf sollen alle Kinder des Volkes bis zum 13. oder 14. Lebensjahr einen gemeinsamen Unterricht ohne Fremdsprachen erhalten; nach diesem Zeitpunkt tritt je nach Fähigkeit der Schüler eine Trennung ein. Diejenigen Lehrer, welche Pestalozzis Werke studiert, jedoch am 18. Januar die Errungenschaften Deutschlands feiern, werden wehmütig auf das wilde Frankreich blicken, das auch in der Frage der allgemeinen Volksschule Deutschland vorangeht — Revanche 1870/71. —

Belgien.

Die Stadt Brüssel zahlt dem **Monnai-Operntheater** einen jährlichen Zuschuß von 115 000 Frank. Die sozialistischen Gemeinderäte haben dem Gemeinderate einen Antrag unterbreitet, wonach in jeder Spielzeit zwei unentgeltliche volkstümliche Vorstellungen und allmonatlich zehnmal unentgeltlicher Zutritt zum 4. Range gefordert wird. Ganz vernünftig. —

Italien.

Makalla ist von den Italienern behauptet, auch sind mehrfache Angriffe von den Abeissiniern zurückgeschlagen worden. In Rom wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß der Entsatz nicht zu spät kommen möge. —

Afrika.

In Johannesburg erfolgten **300 Verhaftungen,** darunter die Deutschen Langermann, Adler, Mosenthal, Sauer und Flecker und Vertreter aller großen Goldminengesellschaften. Auf der einen Seite kündigt der Präsident Reformen an, welche den Bürgern mehr politische Rechte sichern und auf der anderen Seite geht die Regierung gegen die aufständige Bewegung vor, die zum Teil durch die politische Ungerechtigkeit, welche die Mehrzahl der Bürger empfand, hervorgegangen war. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

* Eine allgemeine Lohnbewegung haben die **Schmiede** Berlins in Anbetracht der äußerst günstigen Geschäftslage in Aussicht genommen. In einer am Sonntag stattgehabten Versammlung wurde allgemein das Ausstellungsjahr als für eine Lohnbewegung günstig bezeichnet. Zur Feststellung der Lohnforderungen sollen Fragebogen ausgegeben werden. — Die **Brauer** in Berlin beschlossen in ihrer am Sonntag stattgehabten Versammlung, die Namen der im Münchener Brauhaus arbeitenden Kollegen, welche aus der Organisation ausgestoßen worden sind, öffentlich bekannt zu machen. Die Zahl der Organisierten ist nach dem Bericht, welcher in der Versammlung erstattet wurde, infolge des vergangenen Bierboykotts bis auf 150 zusammengeschmolzen. Ein Antrag, das Defizit der Verbandskasse durch besondere Beiträge zu beseitigen, wurde abgelehnt. — Zu stürmischen Auseinandersetzungen kam es in Berlin in einer am Sonntag stattgehabten öffentlichen Versammlung der **Möbelpolierer,** welche sich mit der geplanten allgemeinen Lohnbewegung beschäftigte. Grund zu Zwistigkeiten gab die neuerdings aufgeworfene Frage, ob die Abschaffung der Akkord-Arbeit als Forderung für die Bewegung aufgestellt werden solle. Während die Kastenpolierer die Forderung nach einem Minimallohn von 27 Mark bei neunstündiger Arbeitszeit, also Abschaffung der Stücklohnarbeit aufstellten, wollten die Polierer auf geschweifte Arbeit eine Beibehaltung der Akkord-Arbeit und Aufstellung des Stücklohntarifs, weil andere Forderungen undurchführbar seien. Die Abstimmung ergab kein Resultat. Die Versammlung ging unter großem Lärm auseinander. — Der **Kongreß der deutschen Textilarbeiter** wird nunmehr definitiv für den 5. und 6. April nach Apolda einberufen. Von den einzelnen Punkten der Tagesordnung sind folgende von allgemeinem Interesse: 1. Einführung eines einheitlichen Lohntarifs für die gesamte mechanische Weberei in Deutschland; 2. Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften in der Textilindustrie; 3. Einführung des weiblichen Fabrikinspektorats. — Die **Droschkenkutscher** in Straßburg sind in einen Ausstand eingetreten, infolge Erlasses einer neuen Polizeiverordnung, welcher zahlreiche Belästigungen enthalten soll. —

Stand der gewerkschaftlichen Organisation.

Ueber die gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland sind vom Berliner Polizei-Präsidium seit 10 Jahren alljährlich Berichte vorgelegt worden, aus denen, wie wir der Sozialen Praxis entnehmen, im Handwörterbuch für Staatswissenschaften von Professor Oldenberg unter Zuhilfenahme schätzungsweiser Ergänzung folgende mittlere Gesamtzahlen der Mitglieder berechnet werden:

1885/86	85 687	Neujahr 1891/92	222 463
1887/88	95 106	März 1892	221 907
Frühjahr 1889	130 129	Neujahr 1892/93	215 817
" 1890	221 067	" 1893/94	232 100
" 1890/91	244 683	„Letztes Datum"	253 226

Ueber die Filialen, Vermögensbestände, die Zahl und Auflage der Fachblätter giebt der Polizeipräsident folgende Daten:

	Filialen	Vermögen in M
1885/86	2351	456 415
1887/88	2007	398 484
Frühjahr 1889	2226	482 600
" 1890	3305	812 609
" 1891	4078	857 946
" 1892	4468	575 277
" 1893	4543	671 470
" 1894	5198	1 569 046

Die sehr auffallende Abnahme des Vermögens von 1891 auf 1892 kommt auf Rechnung des großen Buchdruckerstreiks. Besaßen doch die Buchdrucker vor diesem Streik fast ebensoviel Vermögen, wie alle anderen Gewerkschaften zusammen. Nach den Angaben der Polizei entfiel 1885/86 auf jedes Mitglied durchschnittlich ein Vermögen von 4 Mark, 1894 von fast 8 Mk., eine Zahl, die hinter dem Kopfvermögen der englischen Trade unions allerdings noch bedeutend zurückbleibt. —

Aus den Gerichtssälen.

§ **Magdeburg.** (Schwurgericht.) Der Arbeiter August Voigt zu Wanzleben, geboren 1866, wurde dem Spruche der Geschworenen gemäß in nicht öffentlicher Sitzung wegen **Sittlichkeitsverbrechens** zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 15. Januar 1896.

Zur Diskreditierung der Sozialdemokratie.

Zu dem auch von uns besprochenen Artikel der Magdeburgischen Zeitung, in dem behauptet wird, die Sozialdemokratie beschimpfe die „nationalen Festtage", schreibt der Vorwärts: Welche unsäglichen Albernheiten bringen unsere Gegner zur Diskreditierung der Sozialdemokratie vor! Da sagt die Magdeburgische Zeitung und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung druckt es bewundernd nach:

„Der Spott über den Gründungsschwindel, den das Jahr 1871 eingeleitet haben soll, steht den Gründern der sozialdemokratischen Partei überaus gut zu Gesicht. Wo wäre wohl eine andere Gründung zu finden, bei der gleich der sozialdemokratischen lediglich die Aufsichtsräte, „Führer" genannt, sich den Geschäftsgewinn zu sichern verstanden hätten, derweil die Genossenschaft mit Dividendenscheinen, einlösbar am Nimmermehrs-Tage, abgespeist wird, der sich immer weiter in nebelhafter Ferne verliert, je behaglicher die Führerschaft es sich eingerichtet hat?'

Die „Gründung" einer Partei mit den verwerflichen kapitalistischen Gründungen über einen Kamm scheeren zu wollen, das bringen wirklich nur Leute fertig, denen der Dienst im Solde des Kapitalismus die Augen völlig verblendet hat. —

— **Am 18. Januar,** dem Jubeltage der Verpreußung Deutschlands sollen sämtliche städtische Bureaus und Kassen, sowie auch die Gerichte geschlossen werden. Selbst auf das Gewerbegericht erstreckt sich merkwürdigerweise diese Maßnahme. Auch die Schulen, einschließlich der Gemeindeschulen, sollen den Unterricht schließen und dafür Festakte abhalten. Soweit die Proletarierkinder in Betracht kommen, werden hier die Eltern pflichtgemäß über die Großthaten, von denen die Kinder offizielle Weisheit mit nach Hause bringen, entsprechende Korrektur halten.

— **Das Begräbnis der Genossin Selma Vater** fand gestern unter großer Beteiligung statt. Dem Sarge voran gingen etwa 300 Frauen und Mädchen, hinter dem Leichenwagen folgten ebensoviel Männer. Die Straßen, welche der Leichenzug passierte, waren von zuschauenden Menschen gefüllt. Am Grabe hatte der Orchesterverein Aufstellung genommen und intonierte beim Eintritt des Zuges ein Trauerlied. Nach Einsenkung des Sarges in die Gruft, sang der Buckauer Verein ein Grablied. Insgesamt waren 30 Kränze gespendet. Die Namen der Spender werden in nächster Nummer veröffentlicht. —

— **Flußwasseruntersuchungen.** In den landwirtschaftlichen und Gewerbe-Betrieben auf den Ufern der Saale macht sich, wie der Frankfurter Zeitung geschrieben wird, seit Jahren der steigende Salzgehalt des Flußwassers sehr empfindlich geltend und hat zu Beschwerden der Betroffenen geführt, die sich besonders gegen die Einleitung von Grubenwässern aus den Bergwerken der Mansfelder Gewerkschaft durch den Schlüsselstollen bei Friedeberg richteten. Auf Veranlassung des Ministers von Anhalt wurde das kaiserliche Gesundheitsamt in Berlin im August 1892 mit der Prüfung dieser Angelegenheit betraut, und im neuesten Band der „Arbeiten aus dem k. Gesundheitsamt" erstatten Regierungsrat Dr. Ohlmüller und Prof. Dr. Hellriegel Bericht über die Ergebnisse der Untersuchung, die sich auf die untere Saale (von Corbetha ab) und die Elbe (von der Saalemündung bis Schönebeck) erstreckte. Die Saale nimmt hier die Wölsche, Sulzke, Schlenze, Wipper und Bode auf; in die Schlenze mündet oberhalb ihres Zusammenflußes mit der Saale der den Abfluß der Mansfelder Werke bildende Schlüsselstollen. Zur Feststellung der Wassermenge der Saale wurden 4 Querprofile angelegt, zur chemischen Untersuchung des Wassers in der Zeit vom 29. Mai bis 4. Juni 1893 eine beträchtliche Anzahl Wasserproben entnommen. Das Resultat der Untersuchung, über deren Einzelheiten hier nicht berichtet werden kann, war folgendes: die Behauptung der Mansfelder Gewerkschaft, daß die Saale bereits oberhalb der Mündung der Schlenze beträchtliche salzhaltige Zuflüsse erhielte, ist widerlegt worden, dagegen wurde aus den örtlichen Verhältnissen nachgewiesen, daß der hohe Salzgehalt der Saale hauptsächlich in dem vom Schlüsselstollen herstammenden Wasser zu suchen ist. Außer dem durch den Schlüsselstollen zugeführten Salz bewirkt nur die bei Nienburg

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Im Exil.

64] Roman von Georges Renard.

Autorisierte Uebersetzung von Marie Kunert.

René erzählte Verdier, was er erlebt und erlitten hatte. Verdier hörte ihn bekümmert und verdüstert an.

„Ja," sagte er, „ich sehe, daß wir die Republik nur dem Namen nach haben. Da heißt es das Wort zur Wirklichkeit machen. Das wird freilich nicht leicht sein. Wir werden tüchtig arbeiten müssen."

„Aber Du, was wirst Du thun?" sagte René. „Du vergißt Dich wie gewöhnlich."

„O ich, ich stehe ja ganz allein da. Die vier Sous, die ich brauche, werde ich mir schon verdienen."

Einige Tage danach traf René auf dem Boulevard Cayrolaz, der noch kahler und glatter aussah als früher, sonst aber wenig verändert war. Immer hatte er noch seine Affen-Miene, sein Katzen-Lächeln, seine kleinen, zusammengekniffenen, boshaften Augen. Er genoß das Vorrecht derer, die früh altern. Die Zeit schont sie mitleidig, wie wenn es ihr genügte, sie frühzeitig der Blüte beraubt zu haben. Sie scheinen dann für lange Zeit dasselbe Alter zu behalten.

„Halt, da bist Du ja, alter Freund! Wie geht es, seit Du aus der Schweiz fort bist?" rief Cayrolaz mit jenem eigentümlichen Tonfall, in dem sich der Accent des Südens auf das sonderbarste mit dem der Pariser Faubourgs mischt. „Wir trinken ein Glas Bier, nicht?"

Bald saßen sie vor einem Café, und Cayrolaz erzählte von seinem Leben mit einem echt südlichen Schwall von Worten und Gebärden.

Er kam von New-York. Ein schnurriges Land, in dem man viel Geld verdient, aber noch mehr ausgiebt! Was war er dort nicht alles gewesen! An einem Tage Reisender in Parfümerien, am nächsten Schauspieler bei einer wandernden Truppe, Faktor in einer Buchdruckerei, Eisenbahn-Beamter, Fabrikant von Reklamen für Velozipeds, Seife, Korsetts, Konserven usw. Aber das Leben hatte ihn auch in die Lehre genommen. Er war vielseitig und praktisch wie ein Amerikaner geworden. Keine Gefahr, daß man ihn jetzt noch hineinlegen konnte! Er war sicher, daß er sich schon ein Loch bohren würde. Er wollte den Pariser zeigen, was ein Gascogner ist, der bei den Yankees gelernt hat.

„Und die Liebe?" sagte René, der sich der galanten Ansichten, die Cayrolaz früher geäußert hatte, erinnerte.

Dieser schnitt ein Gesicht, aus dem etwas wie Verlegenheit hindurchsah.

„Nein, entschieden," antwortete er, „dazu sind nur die Französinnen geschaffen. Die Amerikanerinnen sind Weiber, die gleich geheiratet sein wollen, die von der Liebe nichts verstehen, sie versauern in ihrer Häuslichkeit, wenn sie nicht ganz und gar unweiblich sind."

Er glitt über das Thema hinweg, das ihm unangenehm zu sein schien und sagte als praktischer Mann:

„Doch nun zu Ernsterem zurück. Kannst Du mir behilflich sein, eine neue Stellung zu finden?"

René gestand ihm die Verlegenheit, in der er selbst sich befand.

„Also wie Italien, Cayrolaz fara da se*) —" sagte er mit komischer Feierlichkeit und ging mit dieser stolzen Erklärung ab.

Man war überein gekommen, sich an jedem Sonnabend Abend mit Verdier im Café Madrid zu treffen. Das Pflaster von Paris war von Exilierten übersäet. Alle Berufsarten waren da vertreten. So wurde unter Freunden eine kleine Gesellschaft zur gegenseitigen Unterstützung gegründet.

Cayrolaz war der erste, der sich heraushalf. Schmiegsam und einnehmend in seinem Wesen, gegen Rippenstöße wenig empfindlich, ein ebenso unerschöpflicher wie nicht aus der Fassung zu bringender Aufschneider, besaß er ein bewunderungswürdiges Talent, sich überall Aufnahme zu verschaffen und im Notfalle sich mit List einzuschmuggeln. — Der König der Schwätzer, sagte Verdier von ihm. Nach Verlauf von acht Tagen hatte er bei zwei oder drei Zeitungen Manuskripte untergebracht, nach vierzehn Tagen war er bereits Mitredakteur des „Unparteiischen". Der „Unparteiische" war eine Abendzeitung, die sich „unabhängig-republikanisch" nannte.

Die Sprache der Politik war soeben um das zweideutige Wort „Opportunismus" reicher geworden. Die Minister und ihre Freunde wiederholten jedem, der es hören wollte, daß man sich an opportune Maßnahmen halten müsse. Unglücklicherweise traf es sich stets so, daß keine wahrhaft große wirtschaftliche Reform es war. Da galt es denn zu warten, die Anstrengungen für das Wohl der Nation und die eigenen Angelegenheiten zu mäßigen. Die Schlauen rühmten sich, positive, wissenschaftliche Geister zu sein, die ihr Ideal einer Chimäre nicht opfern wollten. Die Schreckenskinder der Partei scheuten sich nicht zu sagen: Die Freiheit — alte Leier! Gleichheit — überwundener Standpunkt! Das Recht — ein Wort, nichts weiter! Grundsätze — Unsinn! Das augenblickliche Interesse, das war die einzige Verhaltungsregel, welche im intimen Kreise, zuweilen auch auf der Tribüne von jedem Politiker, der sich etwas darauf zu gute that, modern zu sein, gepriesen wurde. Der „Unparteiische" griff die im Besitze der Macht befindlichen Männer heftig an, aber mit einer schlecht verhehlten Vorliebe für die Art, wie sie ihre Rolle erfaßten. Cayrolaz fühlte sich hier bald wie zu Hause.

Kaum hatte er festen Fuß dort gefaßt, als er sich als guter Kamerad bemühte, auch René eine Stellung zu verschaffen. Aber René zauderte. Er hatte nur geringes Vertrauen zu dem Direktor, er fürchtete, sich seiner Freiheit zu begeben, wenn er seinem Geiste einen solchen Herrn gab. Seine Mutter wiederum hatte eine instinktive Furcht vor dem Journalismus. Sie sah dort Gefahren jeder Art, ein aufregendes Leben, endlose Sitzungen in den Cafés, heftige Polemiken, Wortwechsel in den Zeitungen, die mit Kugelwechsel oder Degenstichen endeten. Indessen rieb René sich seit Anfang August, seit drei langen Wochen in Unthätigkeit und vor allem in Sorge vor den kommendenden Tagen auf. Er hatte keine Mittel mehr, um wählerisch zu sein. So ließ er sich also an die Redaktion des „Unparteiischen" fesseln, wo er mit der täglichen Uebersicht der Presse betraut wurde.

Die Redakteure frühstückten täglich in einem kleinen Café-Restaurant der Rue Montmartre, das neben den Redaktionsbureaus lag, damit sie immer im Bereich ihrer Arbeit waren. Ein Zimmer war ihnen reserviert worden.

René wurde in dieser geschlossenen Gesellschaft mit einer eifersüchtigen Neugierde empfangen. Cayrolaz hatte sein Wissen, sein Talent gerühmt. Mehr als einer fürchtete, daß der Ankömmling vielleicht ein gar zu großes Stück des gemeinsamen Kuchens an sich bringen könnte. So begann man damit, ihm auf den Zahn zu fühlen. (F. f.)

*) Italienisch: macht alles selbst — braucht niemand.

mündende Bode eine erheblichere Verunreinigung der Saale. Der Salzgehalt der Saale wird aber nicht nur in seiner absoluten Menge, sondern auch in seinen relativen Schwankungen von den Mansfelder Werken beeinflußt, bei deren Betrieb ungleiche Tag- und Nachtschichten wechseln, so daß sich unterhalb Rotenburg in der Saale im Verlauf von je 24 Stunden eine Salzwelle bildet, die abends 6 Uhr ihren Gipfel erreicht und sogar noch eine Strecke weit in der linken Seite der Elbe in dem Tempo, in dem die Saale fließt, erkennbar bleibt. Begünstigt werden diese Schwankungen des Salzgehalts noch durch die durch das Rothenburger Wehr bewirkte Stauung, die unter bestimmten Stromverhältnissen bedeutende Mengen Mansfelder Stollenlauge zurückhält, die bei veränderten Verhältnissen weiter befördert werden. —

— **Neue Hundertmarkscheine.** Im Reichsanzeiger wird bekannt gemacht, daß in nächster Zeit Noten der Reichsbank zu 100 Mark zur Ausgabe gelangen werden, welche vom 1. März 1895 datiert sind und folgende Unterscheidungsmerkmale von den zuletzt ausgegebenen über 100 Mark lautenden Reichsbanknoten aufweisen: 1. Die Unterschrift lautet: Reichsbank-Direktorium. Koch. Gallenkamp. Frommer. Mueller. v. Klitzing. Schmiedicke. Korn. Gotzmann. 2. Auf der Vorderseite der Noten ist der rote Kontrollstempel zweimal, und zwar am rechten Rand oberhalb und unterhalb der Nummer, angebracht. 3. Die Nummern der Noten sind auch auf die Rückseite gedruckt, und zwar am oberen und unteren Rande. 4. Zur Herstellung der Noten ist ein dünneres Pflanzenfaserpapier als bisher verwendet. Abgesehen hiervon ist die Ausstattung der neuen Noten die gleiche wie früher. —

— **Die Nichtbeleuchtung der Treppen während der Morgenstunden** hat schon zahlreiche Unfälle verursacht. Eine Aenderung zum bessern wird freilich nicht eher eintreten, als bis die Hauswirte auf Grund gerichtlicher Entscheidung verpflichtet werden können, auch morgens, wenigstens von 6 Uhr ab, die Treppen zu beleuchten. Das Kammergericht hat aus Anlaß eines Spezialfalles jüngst ausgesprochen, daß der Hauswirt, gleich wie er zum Schließen des Hauses abends 10 Uhr verpflichtet sei, auch für die Oeffnung morgens 6 Uhr zu sorgen habe. Analog dieser Entscheidung müßte ihn auch die Verpflichtung zweimaliger Beleuchtung treffen. —

— **Die Geburt eines Kindes** muß innerhalb einer Woche auf dem Standesamt angezeigt werden. Zur Anzeige verpflichtet ist der eheliche Vater, die bei der Niederkunft zugegen gewesene Hebeamme, der dabei zugegen gewesene Arzt, jede andere dabei zugegen gewesene Person, die Mutter, sobald sie dazu im stande ist. Die Verpflichtung zur Anzeige tritt für die vorstehend später Genannten erst dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden oder derselbe an der Erstattung der Anzeige verhindert ist. Die Anzeige muß mündlich von dem zur Anzeige Verpflichteten selbst oder durch eine andere aus eigener Wissenschaft unterrichtete Person erstattet werden. Die Unterlassung der Anmeldung ist mit Geldstrafe bis 150 Mark oder Haft bedroht. —

— **Unfälle.** In der städtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme: Der Arbeiter Heinrich H., der sich am Sonnabend beim Einreiben der Pferde mit Karbolsäure die rechte Hand verbrannt hatte, und der Bäckergeselle Paul B., der sich die linke Hand an der Thür seiner Wohnung gequetscht hatte. —

— **Selbstmord.** In einem hiesigen Hotel nahmen sich am 13. d. M. zwei ältere, den besseren Ständen angehörende Menschen das Leben. —

— Das **Volksbad** benutzten in der Zeit vom 6. bis 12. Januar 921 männliche und 99 weibliche Personen. Handtücher wurden 351 verabreicht. —

— **Ein bedauerlicher Unfall** ereignete sich im Hause Kronprinzenstraße 8. Ein Einwohner desselben hatte nach beendeter Jagd ein noch geladenes Jagdgewehr in dem guten Glauben, es sei entladen, in den Wohnraum gestellt. Der 10jährige Sohn spielte und erschoß sich mit demselben —

— **Städtischer Schlacht- und Viehhof.** Auftrieb am Dienstag, den 14. Januar 1896: 45 Rinder (einschließl. 16 Bullen), 111 Kälber, 85 Schafvieh pp., 769 Schweine. Die wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche über den Schlacht- und Viehhof verhängte Sperre ist am 13. Januar aufgehoben worden. —

— **Ein Wink für Frauen.** Um sich vor dem Ankauf gefälschter Butter zu schützen, können die Frauen in einfacher Weise die Butter durch schmelzen auf ihre Reinheit untersuchen. Reine Naturbutter ist im geschmolzenen Zustande stets klar, während Butter, die mit fremden Fetten vermischt ist, im geschmolzenem Zustand trübe erscheint. —

Großbetrieb in Bäckereien.

Was der Großbetrieb in Bäckereien leisten kann, das lehrt eine interessante Schilderung, die wir der Allgemeinen Konditor- und Bäcker-Zeitung entnehmen: „In der Breslauer Konsumvereinsbäckerei stehen zum Mischen des Mehles drei selbstthätige Mehlmischmaschinen zur Verfügung, welche im stande sind, im Zeitraum von zwei Stunden 450 Centner Mehl aufzulockern und durcheinander zu mischen. Hierauf wird das Mehl den Knetmaschinen selbstthätig zugeführt. Die drei Knetmaschinen stellen innerhalb acht Minuten 21 Centner Teig fertig. Letzterer fällt aus den Knetapparaten in fahrbare Teigkasten, in denen er nach der Gährung auf die Wertische gelangt, wo das Abwiegen der für jedes Brot erforderlichen Menge stattfindet. Die abgewogenen Teigmengen werden nun gewirkt und in die mit der Vereinsfirma versehenen aus Holzfasern hergestellten und auf fahrbaren Holzgestellen plazierten Backschüsseln gethan und mit Kontrollnummern versehen. Nachdem der in den Backschüsseln befindliche Teig die zweite Gährung erfahren, werden erstere durch Umkippen auf die ausziehbaren Herdplatten entleert. Jede dieser Platten, von denen in 17 Winghorstschen Doppelöfen 34 Stück vorhanden sind, faßt 66 vierpfündige Brote. Da der mittels Wasserheizungsröhren sicher erfolgende Backprozeß circa eine Stunde währt, kann somit die gegenwärtige Bäckereianlage des Vereins im Vollbetriebe innerhalb $1^1/_4$ Stunde bequem 2200 Stück vierpfündige Brote fabrizieren. Die fertigen Brote werden mit Holzscheiten auf die bereitstehenden Abkühlwagen geschaufelt, von dort in die Abkühlsäle geschafft, um am andern Morgen auf demselben Wege in die Ladehalle zu gelangen. In dieser werden jeden Morgen von $5^1/_2$ bis $5^1/_4$ Uhr in 11 Brotwagen rund 10 000 Stück Brote zur Ablieferung an die Verkaufsstellen expediert, während die zweite Abfertigung nach 9 Uhr vormittags und die dritte nachmittags erfolgt. Zur Zeit sind 72 Bäcker, Heizer ꝛc. in der Breslauer Vereinsbäckerei in achtstündigen Schichten thätig. Zum Antriebe der Maschinen und Fahrstühle der Bäckerei, sowie der Dynamomaschine findet eine 54pferdige Dampfmaschine Verwendung, welche gleichzeitig den Antrieb für die mit Exhaustorbetrieb arbeitende Kaffee-Schnellrösterei abgiebt." —

* * *

Burg. (Zur Lehrlingswirtschaft.) Eine gerade nicht angenehme Lehrstelle ist die beim Tischlermeister W. Lante. Gleich den Gesellen arbeiten die Lehrlinge wochentags von früh $6^1/_2$ Uhr bis abends in die neunte Stunde hinein, Sonntags zu arbeiten ist allgemein üblich. Letzten Sonntag haben die Lehrlinge sogar bis gegen 7 Uhr abends gearbeitet. Müde und matt kehren die armen Burschen heim, kaum einen Bissen gegessen, werden sie vom Schlafe übermannt. Dieselbe Arbeitszeit haben, nebenbei gesagt, auch die Gesellen. Da jetzt die Zeit herankommt, in der junge Leute sich Lehrstellen suchen, sei zur Vorsicht in der Auswahl zu raten. —

* * *

Bochum. (Vom christlichen Kriegsschauplatz.) Eine Versammlung evangelischer Bürger beschloß, gegen die Ueberzulassung des Ordens der Redemptoristen Einspruch zu erheben.

Düren. (Ein nettes Sümmchen schenkt.) Die Frau des bei dem Untergange der „Elbe" umgekommen Großindustriellen Schnell schenkte dem Vaterländischen Frauenverein 1000 Mark. —

Kalk. (Den Hals durchschnitten.) Der an Verfolgungswahnsinn leidende Mutter dreier Kinder schnitt sich mit einem Messer den Hals durch. —

Schöneberg. (Aufgelöste Versammlg.) Aufgelöst wurde Montag abend eine Versammlung, welche über Beteiligung an den nächsten Gemeinderatswahlen beschlossen hatte. —

Auf das Reklamewesen

der bürgerlichen Presse wirft eine Zuschrift ein nettes Licht, die ein Herr Richard Kox in Duburg wohl aus irgend einem Versehen an die Expedition des Vorwärts gerichtet hat. Der Herr schreibt:

Falls Sie geneigt sind, das untenstehde Inserat mit 50 Prozent Rabatt aufzunehmen und die ebenfalls folgende Reklamenotiz gratis zu veröffentlichen, so wollen Sie mit der Insertion sofort beginnen. Bedingung ist, daß Sie für den ausmachoen Betrag Wein oder Kognak von mir in Gegenrechnung nehmen.

Es wäre interessant, festzustellen, wie viele Blätter sich dem schamlosen Anerbieten des ꝛmosen Herrn Kox gefügig gezeigt haben.

Militärische Nachrichten.

Ueber einen **Vorfall in Marburg**, den auch wir erwähnt haben, bringt der Reichsanzeiger folgende Berichtigung: „Einige Zeitungen haen in den letzten Tagen die Nachricht gebracht, daß in Marburg zwei Betrunkene einen Wachtposten beschimpft un, als sie festgenommen werden sollten, sich gewaltsam widersetzt hätten. Hierbei habe der eine den Posten mit einem Stock bedroht, der andere ihn mit einem Revolversauß verwundet. Soweit sich diese Nachricht auf den thätlichen Angriff gegen den Posten und auf seine Verwundung bezieht, ist sie frei erfunden. Richtig ist nur, daß zwei Betrunkene einen Posten beschimpft und demnächst behufs Feststellung ihrer Personen zur Wache gebracht wurden." —

Parlamentarische Nachrichten.

-m- Berlin, 14. Januar 1896.

Der Reichstag setzte heute die Beratung der **Justiznovelle** fort und verwies dieselle nach längerer Debatte, an der sich vornehmlich Genosse Stadthagen beteiligte, an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Das Mißtrauen des deutschen Volkes gegen die Handhabung der Strafrechtspflege, sowie die heutige Ausdehnung des dolus eventualis, welche zu Konsequenzen allerbedenklichster Art für das gesamte Rechtsleben führe, sowie die vielfach ungeheuerliche Höhe des Strafmaßes wurden sehr lebhaft besprochen. Morgen stehen Initiativanträge zur Diskussion, zuerst ein Antrag des Centrums, Abänderung des Arbeiterschutzgesetzes betreffend. Dann folgt der Antrag Kanitz, über denselben wird jedoch schon Mittwoch schwerlich verhandelt werden. Die Junker haben ihre Reserven zum Kampf herangezogen — alles, was für Kanitz schwärmt, hat im Reichstage erschienen. —

In der **Budgetkommission** beabsichtigten die Abgg. Singer und Richter, die Einnahmen aus Porto- und Telegraphengebühren, die für das Jahr 1896/97 auf 272 Millionen Mark veranschlagt sind, um $1^1/_2$ Millionen zu erhöhen. Der Antrag wurde aber abgelehnt. Ferner wurde eine Resolution angenommen, worin die möglichste Beschränkung der Eil- und Paketbestellungen an Sonn- und Festtagen (mit Ausnahme der Zeit vom 18. bis 30. Dezember), die Paketbestellung nur im Wege der Eilbestellung, die Briefbestellung nur einmal erfolgen soll. Die nächste Sitzung der Kommission findet am Donnerstag statt. —

* * *

15. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Der Bericht der Reichsschuldenkommission und die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer und des Rechnungshofes für das Deutsche Reich für 1893/94 werden der Rechnungskommission überwiesen, der Gesetzentwurf betreffend die Kontrolle des Reichshaushalts usw. für 1895/96 wird in erster und zweiter Lesung debattelos angenommen.

Sodann wird die erste Lesung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und der Strafprozeßordnung betr. die Einführung der Berufung in Strafsachen, der Entschädigung unschuldig Verurteilter usw. fortgesetzt.

Abg. Dr. Rintelen (Centr.) vermißt in dem Entwurf die Gewährung einer größeren Sicherheit gegen Rechtsirrtümer der Schwurgerichte.

Abg. Lenzmann (Freis Vpt): Ich halte die Wiedereinbringung der Vorlage für selbstverständlich und verstehe nicht, wie der Vertreter des Reichsjustizamtes hat sagen können: Die verbündeten Regierungen hätten sich nur mit schwerem Herzen dazu entschlossen. Die Regierung hätte sich den Vorwurf der Pflichtverletzung zugezogen, wenn sie nicht mit dieser Materie wieder hervorgetreten wäre. Seit fünfzehn Jahren schon hat das deutsche Volk stets und immer wieder die Regelung der beiden Kardinalfragen, der Einführung der Berufung gegen Strafkammerurteile und der Entschädigung unschuldig Verurteilter verlangt.

Daß die Forderungen berechtigt sind, das wird selbst von autoritativer Seite immer mehr anerkannt. Der preußische Justizminister bestätigte mir im vorigen Jahre, daß die ganze deutsche Nation ein Zug des größten Mißtrauens gegen die Jurisprudenz und besonders die Strafrechtspflege durchziehe, was auch in den Motiven der Vorlage ausdrücklich zugegeben wird.

Ein solches Mißtrauen sollte in einem Rechtsstaate doch nicht vorkommen, und es kann auch nicht vollständig beseitigt werden durch formale Vorschriften in der Strafrechtspflege. In unsere Jurisprudenz ist leider ein Geist eingedrungen, der mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes in mancher Beziehung nicht harmoniert. (Sehr wahr! links) Ist es doch möglich gewesen, daß namentlich bei den höchsten Gerichten von vornherein eine Verurteilung gewünscht wird und daß sie die Beweisaufnahme nicht dazu anwenden, aus dem vorliegenden Material das Richtige zu finden, sondern das zu finden, was sie gern wollen.

Die Unzufriedenheit mit der Rechtspflege ist in letzter Zeit noch gewachsen. Sie richtet sich auch gegen die materielle Rechtsprechung. Das Volk versteht einfach eine ganze Reihe von Straferkenntnissen nicht, weil sie seinem Rechtsbewußtsein entgegen stehen. (Sehr wahr! links) Ich will nicht auf die wunderbaren Erkenntnisse eingehen, die jetzt in der letzten Zeit in der Aera der Majestätsbeleidigungs-Prozesse in die Erscheinung getreten sind; es wird sich wohl noch eine andere Gelegenheit bieten, das Thema zu erörtern. Aber es muß doch schlimm um die materielle Rechtsprechung bestellt sein, wenn das Volk sich dazu entschließt, ernste wissenschaftliche Begriff mit Satire, Komik und Humor zu behandeln und sie zu Objekten des Witzes deradiert! Der dolus eventualis giebt ja jetzt den Witzblättern reichlich Stoff.

Es ist unbegreiflich, wie jemand, er in guter Absicht etwas sagt, deswegen bestraft wird, weil ein thörichter Mensch seine Worte falsch interpretiert. Das Volk versteht es auch nicht, wie jemand zu drei Monaten Gefängnis verurteilt werden kann, wenn er Kritik übt an Thatsachen, die zum mindesten befremdlich sind. Ich denke hier an den Prozeß gegen den sozialdemokratischen Redakteur Rauch in Hannover. Allerdings hat die Staatsanwaltschaft nach der Aussage des Herrn Drescher vollständig korrekt und gesetzmäßig gehandelt (Ruf bei den Sozialdemokraten: na, na!) aber das, was über den Fall Hammerstein in die Oeffentlichkeit gekommen war, ließ eine derartige Thätigkeit der Staatsanwaltschaft bis zu der Aussage des Herrn Drescher doch nicht erkennen, und wenn jemand, der nicht weiß, was sich am grünen Tisch der Staatsanwaltschaft abspielt, an den Thatsachen Kritik übt, ohne dabei eine Böswilligkeit zu verraten, so muß man ihm dafür Dank wissen, aber ihn nicht auf lange Zeit der Freiheit berauben. War es denn nicht auffällig, daß der vornehme Urkundenfälscher und Betrüger echappieren konnte, weil die Staatsanwaltschaft sich erst recht spät entschloß, gegen ihn vorzugehen? War es korrekt, daß man im Prozeß den Staatsanwalt Drescher als Zeugen vernahm, nicht aber auch denjenigen ihm gegenüberstellte, auf den er die ganze Schuld schob — den Grafen Finckenstein? Wenn dieser Herr statt in der Kreuzzeitung eine Erklärung abzugeben im Gerichtssaal Zeugnis hätte ablegen müssen, so wäre die Angelegenheit in einem anderen Lichte erschienen. Ist es nicht der Kritik würdig, daß der Untersuchungsrichter zweimal einen vornehmen Zeugen hat gehen lassen, bloß weil er eine Reise vorschützte? (Zustimmung links.) Für einen sozialdemokratischen oder freisinnigen Redakteur, für einen Mann aus dem Bauern- und Bürgerstande würde eine solche Ausrede wohl nicht gelten. (Sehr richtig!) Die würde man zwangsweise vorführen.

Bezüglich der Vorlage erkenne ich mit Genugthuung an, daß die verbündeten Regierungen sich in 17 Punkten vollkommen auf den Boden der Kommissionsbeschlüsse gestellt haben.

Besonders bedauere ich das Fehlen einer Bestimmung, wonach Preßdelikte nur da verfolgt werden können, wo sie begangen sind. Ferner hätte die Regierung den Zeugniszwang gegen Redakteure abschaffen sollen.

Ein Punkt, der das ganze Gesetz zum Scheitern bringen könnte, ist die Beschränkung der Beweisaufnahme. Ebenso haben wir Bedenken gegen die Einrichtung des summarischen Verfahrens. Ich vermisse in der Vorlage ferner die volle Beseitigung der staatsanwaltschaftlichen Bevorzugung. Auch in den einzelnen Fragen der Entschädigung unschuldig Verurteilter und der Umgestaltung der Berufung hat die Vorlage keine Aenderung gebracht. Die Entschädigung unschuldig Verurteilter muß auch auf die Untersuchungshaft ausgedehnt werden. Der Anspruch auf Entschädigung ist ein Recht, und es darf hier nicht von einer Gnade die Rede sein.

Vor allen Dingen wäre es mir erwünscht, bei der Erörterung dieser Vorlage auch die Strafvollstreckung zu regeln. Es ist nicht dasselbe, ob ich einen Landstreicher, der eben das Korrektionshaus verlassen hat, auf ein Jahr ins Zuchthaus schicke, oder einen Menschen der gebildeten Klasse mit derselben Strafe belege. Den einen trifft dieselbe Strafe zehntausendmal härter als den anderen. Auch die bedingte Verurteilung hätte ich gern in den Entwurf aufgenommen gesehen. Wir wollen endlich den Rechtsstaat wiederherstellen gegenüber Militär- und Polizeistaat, und wenn uns das gelingt, dann brauchen wir nicht auf das Bürgerliche Gesetzbuch zu warten, um uns ein ehernes Denkmal zu setzen, dann haben wir uns schon durch diese Vorlage ein monumentum aere perennius gesetzt. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf Bernstorff (Lauenburg, Reichspartei.) Mit der Einführung der Entschädigung unschuldig Verurteilter ist meine Fraktion einverstanden, auch hat sie nichts dagegen, daß die Entscheidung einem Kollegium von drei Richtern anvertraut wird. Auch gegen die übrigen Bestimmungen, wie Veränderung der Kompetenz der Schöffengerichte, Einführung des Nacheides haben wir im Prinzip nichts einzuwenden.

Abg. Stadthagen (Soz): Die Vorlage ist nichts anderes als ein weiterer Schritt auf dem Wege der völligen Beseitigung des Rechtsstaates, der Schaffung absoluter Rechtslosigkeit des Angeklagten und der völligen Unterthänigkeit des Gerichtes gegenüber dem Staatsanwalt. Was helfen dem Angeklagten zwei Instanzen, wenn beide schlecht sind. Eine einzige Instanz, die dem Angeklagten wirklich Gerechtigkeit gewährt, ist mir viel lieber. Das Volk hat heute kein Vertrauen zur Rechtsprechung, denn es wird Klassenjustiz geübt. Die Entschädigung unschuldig Verurteilter wird auch nicht viel nützen, wenn jeder erst seine Unschuld umständlich beweisen soll. Die Gerichte werden dann schon dafür sorgen, daß es gar keine unschuldig Verurteilte mehr giebt. Die Entschädigung muß man auch den Angeklagten gewähren, die unschuldig in Untersuchungshaft gesessen haben. Heute ist leider der Glaube Allgemeinheit geworden, daß in allen Fällen, wo ein Mann aus dem arbeitenden Volke, oder ein politisch Verdächtiger auf der Anklagebank sitzt, nicht das Recht, sondern die Willkür entscheidet.

Nicht das Recht, sondern der Klassenhaß entscheidet heute. Dies zeigt sich täglich in den Erkenntnissen der Gerichte und in dem Vorgehen der Staatsanwälte. Das summarische Verfahren der Vorlage würde sicher zu Mißbräuchen führen. Man würde es auch bei Preßdelikten anwenden, man würde die politische Leidenschaft, so lange sie noch warm ist, nach Kräften ausnutzen. Im Fall Hammerstein hat man ein beschleunigtes Verfahren nicht eingeschlagen. Niemand, der die Erklärungen des Staatsanwalts Drescher und die Aussagen des Grafen Finckenstein liest, kann im Zweifel darüber sein, daß hier eine Langsamkeit obgewaltet hat, wie wir sie seit Jahrzehnten einem Arbeiter oder Redakteur gegenüber nicht gesehen haben. Vor allen Dingen aber fällt bei dieser Angelegenheit die Verständnislosigkeit des Staatsanwaltes auf. Der Staatsanwalt scheint gar nicht einmal gewußt zu haben, was eine Strafanzeige ist; denn wenn das Schreiben des Grafen Finckenstein, in dem er Mitteilung macht von dem Verbrechen Hammersteins, keine Strafanzeige ist, so weiß ich überhaupt nicht, was denn eine Strafanzeige ist. Das untergeordnetste Polizeiorgan, ja, ein Schüler der zweiten Gemeindeschulklasse hätte dies verstanden. Wenn aber ein Staatsanwalt so viel Verständnislosigkeit zeigt, dann wäre es doch besser, daß er aus dem Rechtsorganismus verschwände!

Es scheint ferner das Bestreben der Gerichte dahin zu gehen, durch Verschleppung der Verhandlung den Reichstagsabgeordneten die Ausübung ihres Mandats unmöglich zu machen, wie der Fall des Kollegen Schippel beweist. Durch den Voreid wird eine Quelle des Meineides geradezu eröffnet. Das steht doch im krassesten Widerspruch mit dem sogen. System von Sitte, Ordnung und Religion. In dem Falle Rauch ist erst Anklage erhoben, nachdem der Staatsanwalt Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt hatte. Es ist eine sonderbare Anschauung, daß man die Ehre anderer Leute wiederherstellen zu können glaubt, indem man dritte Personen ins Gefängnis schickt. Die Richter sind heute, mit Ausnahme der Reichsgerichtsräte, nicht mehr unabhängig; man sollte die Beförderung der Richter nach einem bestimmten System regeln, nicht aber den in der Vorlage eingeschlagenen Rückschritt in dieser Beziehung mitmachen. Ich bitte dringend, in die Kommission nicht solche Herren zu wählen, die auf dem Standpunkt stehen, es muß auf jeden Fall etwas gemacht werden, sondern die nur wirklichen Verbesserungen zustimmen. Sorgen Sie dafür, daß der Presse endlich das Recht gewährt wird, wahrheitsgetreue Berichte über alle Vorgänge zu liefern.

Es müßte ferner ein Mittel gegeben werden, unrichtige amtliche Angaben zu Ungunsten des Angeklagten mit Strafe zu belegen. Auch muß dem Angeklagten das Recht gegeben werden, wenn der Termin nicht pünktlich beginnt, fortzugehen und einen neuen Termin zu verlangen. Heute müssen Angeklagte und Zeugen oft einen halben Tag und noch länger auf stinkenden Korridoren warten. Und wie werden Angeklagte oft vom Richter behandelt. Wir haben ja den Fall erlebt, daß der Amtsanwalt einem Angeklagten zurief: Ochse, halten Sie das Maul! Ich werde in der Kommission entschieden Verbesserungen verlangen. Es wäre, wenn ich der Vorlage, wie sie ist, zustimmte, die ehrloseste Auslieferung des werkthätigen Mannes, der jetzt schon genug geknechtet ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Justizminister Schönstedt: Ich hoffe, daß die Kommission ihre Aufgabe nicht in der Weise zu erfüllen sucht, wie es der Vorredner wünscht, denn sonst würde ein Ergebnis wohl nicht zu erwarten sein. Paragraph 26 enthält nur Bestimmungen darüber, nach welcher Frist eine Haft von Amts wegen aufgehoben wird, wenn nicht inzwischen ein Abschluß des Verfahrens herbeigeführt ist. Aber in jedem Falle steht doch dem Verhafteten das Beschwerderecht zu, er ist also nicht rechtlos. Wenn der Abg. Stadthagen meint, daß die Richter von der Staatsanwaltschaft abhängen, weil diese das Recht hat, ein Disziplinarverfahren gegen sie zu beantragen, so betone ich dem gegenüber, daß die Richter der Staatsanwaltschaft keineswegs untergeordnet sind, denn über die Zulassung einer solchen Anklage entscheidet ja ein unabhängiges Richterkollegium selbst. Ich glaube daß die Ausführungen des Abg. Stadthagen, die im wesentlichen auf

den Zukunftsstaat hinwirken sollen (Heiterkeit) nicht ernst genommen werden dürfen. (Beifall.)

Abg. Werner (Antis.) hebt hervor: Mit der Einführung des Nacheides statt des Voreides können wir uns nur einverstanden erklären, da hierdurch manche Meineide verhindert werden. Auch müßte man bei dieser Gelegenheit die Rechtlosigkeit der Presse aufheben. Seine Partei wünsche außerdem noch eine stärkere Zuziehung des Laienelementes zur Rechtsprechung. Im allgemeinen könne sie sich aber mit der Vorlage mit einigen Abänderungen einverstanden erklären.

Abg. Schmidt-Warburg (Centr.): Er könne der Regierung keinen besonderen Dank für die Einbringung der Vorlage aussprechen, da die Regierung aus der Vorlage nur die Bestimmung entfernt habe, deren Annahme ganz aussichtslos gewesen ist. Hoffentlich würde die Kommission noch Aenderungen vornehmen. So wie die Vorlage j.tzt sei, könne sie unmöglich Gesetz werden, besonders sei die Bestimmung über das Dreimännerkollegium bei der Strafkammer eine solche, daß sie das ganze Gesetz unannehmbar mache.

Justizminister Schönstedt erwidert, die früheren Garantien seien in der Vorlage bezüglich der Strafrechtspflege wieder weggefallen, weil eben diese Garantien nur wegen des Fehlens einer Berufungsmöglichkeit eingefügt waren. Das Dreimännerkollegium sei eine Vorbedingung der Berufung in Strafkammersachen.

Abg. Beckh (fr. Vpt.): Die sogenannten Prozeßgarantien, das Vorverfahren usw. dürften nach seiner Ansicht aus dem Grunde jetzt nicht wieder fortfallen, weil sonst eine Verurteilung Unschuldiger leichter erfolgen könne, für die dann später eine Entschädigung bezahlt werden müßte. Redner wünscht nicht, daß die Vorlage in der jetzigen Form angenommen werde; das wäre ein Rückschritt. Damit schließt die Debatte. Die Vorlage wird einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung morgen 2 Uhr: Centrumsantrag, betr. den Schutz der Fabrikarbeiterinnen; Antrag Kanitz. —

* * *

Der **preußische Landtag** ist Mittwoch eröffnet worden. —

Bestrafungen, Verfolgungen 2c.

In zwei **Berufungssachen** stand am letzten Sonnabend Genosse Ohl vor dem Landgericht in Stettin. Beide Male handelte es sich um groben Unfug, begangen durch eine Einladung zum Abonnement des „Volksboten" und durch den Leitartikel „Ein National-Schlachtfest". In der ersten Sache, wo Ohl vom Schöffengericht freigesprochen war, hatte der Amtsanwalt Berufung eingelegt. Bei der heutigen Verhandlung konnte aber auch das Landgericht in der Abonnementseinladung keinen groben Unfug finden und verwarf die Berufung. Wegen des Sedansartikels hatte Genosse Ohl, der zu 8 Tagen Haft verurteilt war, Berufung eingelegt. Der Gerichtshof schloß sich jedoch den Ausführungen des Staatsanwalts, der in dem Artikel eine grobe Verletzung des patriotischen Gefühls der etwaigen nichtsozialdemokratischen Leser des „Volksboten" erblickte, an, verwarf Ohl's Berufung und beließ es bei den 8 Tagen, die nicht als eine zu hohe Strafe angesehen werden könnten. —

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die Steinmetzen der Firma Riggel, Trebbinerstraße, streiken.

Dresden. Wegen fortgesetzten Lohnreduzierungen haben die Werkstubenarbeiter der Ofenfabrik von Seidel. Sohn die Arbeit niedergelegt. —

Köln. Resultat der Reichstagsersatzwahl: Trimborn (Centrum) 11 388, Hofrichter (Soz.) 67, Lyendecker (lib) 3484 Stimmen —

München. Die Redptoristen wollen das Zuchthaus Ebracht für 2 Millionen Mark kaufe —

Trier Durch Feuerwurden in Clotten a. d. Mosel acht Wohnhäuser mit Wirtschaftsgebäude vernichtet. —

* * *

Charleroi. Di belgischen Kohlengrubenarbeiter haben in Anbetracht er günstigen Geschäftslage am belgischen Kohlenmarktdurch die Nationale Vereinigung der belgischen Grubenarbeiter an die Grubenbarone das Verlangen nach Lohnaufbesserung gestellt. —

Mährisch-Ostrau. Im Herminenschachte ist ein großer Grubenbrand ausgebrochen. 15 Tote sind bis jetzt ans Tageslicht befördert. —

Szegedin. Die Szegediner große Dampfmühle der Budapester Viktoria-Dampfmühlenaktiengesellschaft ist niedergebrannt. Eine große Menge Mehl und Weizen wurde ein Raub der Flammen. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Gulden. Nahezu vierhundert Arbeiter sind brotlos. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen 2c.

Am 6. Januar hielt der **Naturheilverein Neustadt** (Hausarztkasse) im „Weißen Hirsch" seine diesjährige General-Versammlung ab. Aus der Tagesordnung wäre hervorzuheben: Vereinsbericht, Bericht des Kassenarztes und Vorstandswahl. Die Mitgliederzahl belief sich am 1. Januar 1896 auf 36 Familien mit weit über 1000 Köpfen. Am 1. Juli 1895 wurde die Hausarztkasse, die einen Bestand von 217 6 Mark aufwies, mit dem Naturverein verschmolzen. Die Gesamt-Einnahme in diesem halben Jahre belief sich auf 1058 52 Mark, die Ausgaben betrugen 1075 98 Mark davon entfallen auf ärztliches Honorar 807.50 Mark für Anschaffung von Wannen 77 50 Mark. Bestand: 200 32 Mark. Für Verleihung der Utensilien wurden 51 Mark vereinnahmt. Der Vorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: Worch I, Göthling II. Vorsitzende; Hauptkassierer: Lüdecke; Hilfskassierer: Güllmann und Tarnowsky. Zu Schriftführern wurden gewählt: Otto Eisfeld und Haueisen; als Bibliothekar: Dannenberg und als Utensilien-Verwalter: Schütte. Den Ausschuß bilden folgende Herren: Bonath, Wagner, Schütt und Finke. In den Damen-Ausschuß wurden gewählt: Frau Schütte, Frau Eisfeld, Frau Werthmann und Frau Göthling. Die Uebungsabende leiten: Herr Münnich und Frau Erxleben. Zur Neuanschaffung wurden bewilligt: 2 Sitz- und 1 Rumpfwanne. Der Verein verfügt nunmehr über 20 Wannen, 2 Dampfapparate, Klystierspritzen und dergl. Sachen zur Krankenpflege. [R. G]

Der **Deutsche Metallarbeiter-Verband, Filiale Buckau,** hielt am Sonnabend, den 11. d. Mts., seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tages-Ordnung stand: 1. Jahresbericht der Ortsverwaltung, 2. Kampf- oder Unterstützungs-Organisation. (Referent Hugo Gärtner.) Die Versammlung war als eine gut besuchte zu bezeichnen und machte fast den Eindruck, als ob die Buckauer Arbeiter endlich einmal ernst machen und Hand anlegen wollten zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Zum ersten Punkt nahm College Gärtner das Wort und erstattete den Jahresbericht für 1895. Der Berichterstatter führt der Versammlung sämtliche Ein- und Ausgaben des verflossenen Jahres vor Augen, weiter den Mitgliederbestand zu Anfang und zu Ende des Jahres. In finanzieller Beziehung hat der Verband zufriedenstellend gearbeitet, aber in Bezug auf den Mitgliederbestand liegt es noch sehr im argen, denn die Arbeiter verkennen den Wert der Organisation. Zum zweiten Punkt nimmt Gärtner ebenfalls das Wort und versucht der Versammlung die Bedeutung des Begriffs Kampf- oder Unterstützungs-Organisation klar zu machen. Der deutsche Metallarbeiter-Verband ist eine Kampfes-Organisation in wahrem Sinne des Wortes, denn hier wird den Mitgliedern der richtige Weg gezeigt, der angethan ist menschenwürdige Zustände zu schaffen. [W]

Briefkasten.

R. C. Daß in dem vom Verlag des Vorwärts herausgegebenen Wandkalender die Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie in ihrer Roheit und Bosheit zu tage treten sollen, ist nicht die Erfindung des konservativen Blattes, sondern das Produkt der mit dem Gelde der Unternehmer gegründeten Deutschen Arbeiterzeitung. Acht Jahre hat dieses Blättchen die Vertreter der Sozialdemokratie und die Bestrebungen dieser Partei verspottet, beschimpft. Und was geschieht? Unaufhaltsam wächst das Heer der sozialistisch denkenden Arbeiter. Lassen Sie die guten Leutchen kläffen. Die in den Schmutzartikeln zu Tage tretende Niedertracht schadet uns nicht, wie sie anderseits dem Unternehmertum nicht zum Vorteil gereicht — **M.** Sie übersehen, daß das Programm des Oberrabbiner J. R. bereits 1880 bekannt geworden ist; was an demselben wahr oder falsch, haben wir nicht feststellen können. Wir glauben, die Geschichte ist von A bis Z erlogen, oder der Verfasser ist geisteskrank. — **P.** Die sozialdemokratische Fraktion im Rathause der Reichshauptstadt zählt 16 Mitglieder. — **P. O.** Wenn Herr v. Plötz in der Sitzung des Reichstages vom 13. d. M. behauptet: Ohne die agrarische Agitation wäre das Margarine-Gesetz nicht vorgelegt worden, so wies Minister v Hammerstein diese Behauptung mit dem Bemerken zurück: Der deutsche Landwirtschaftsrat hatte schon vorher auf diesem Gebiete gearbeitet und dessen Arbeiten hat sich der Bund der Landwirte angeeignet. — **H. G.** Bereits veröffentlicht. Danken bestens. —

Richtigstellung. Streiche im Leitartikel in Nr. 11, 1. Seite 2. Spalte 19. Zeile das Wort „kurz." — Seite 2 Spalte 2, unten lies statt Afrika „Italien." —

Wasserstände.

Elbe.

					Fall	Wuchs
Aussig	13. Jan.	— 0,24	14 Jan.	— 0.25	0 01	—
Dresden	„	— 1.66	„	— 1 58	—	0,08
Torgau	„	+ 0 32	„	+ 0 13	0.19	—
Wittenberg	„	+ 1.15	„	+ 1.02	0 13	—
Roßlau	„	+ 0.64	„	+ 0.62	0 02	—
Barby		+ 0.98		+ 0.96	0 02	—
Magdeburg	14. Jan.	+ [illegible]	15 Jan.	+ 0 95	0.05	—
Tangermünde	13. Jan.	+ 1.54	14 Jan.	+ 1.46	0 08	—
Wittenberge	„	+ 1.42	„	+ 1 39	0.03	—
Dömitz, Pegel		+ 0.96	„	+ 0 88	0.08	—
Lauenburg		+ 1 22	„	+ 1.14	0.08	—

Neue Auflage!

Hausschatz der Gesundheit

von

Dr. Paul Schmidt

zum Preise von 2.00 Mk, in Prachtband 2.50 Mk.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung der Volksstimme sowie sämtliche Kolporteure.

Arbeitsnachweis und Auskunftsbureau

der

Gewerkschaften Magdeburgs

mit Zentral-Herberge

Kleine Klosterstraße Nr. 15/16.

Kostenlose Arbeitsvermittelung und Auskunftserteilung in gewerblichen Streitfragen.

Gesucht werden:

Feilenhauer, Gelbgießer (auf Drehbank bewandert), Drechsler, Gürtler, Klempner und Schuhmacher.

Es finden Stellung:

Tischler, Schneider, Sattler, Schmiede, Schlosser, Tapezierer, Eisendreher, Schriftsetzer, Zimmerer, Kutscher, Hausdiener, Laufburschen, sowie nichtgewerbliche Arbeiter in großer Zahl. Aufwärterinnen und Waschfrauen.

Die Buchdruckerei

von

LOUIS ARNOLDT

Schmiedehofstrasse No. 5 6

empfiehlt sich zur

Anfertigung sämtl. Drucksachen

wie:

Plakate, Rechnungen, Zirkulare, Programme, Adress-, Visit- und Eintrittskarten, Statuten, Formulare aller Art

bei prompter Bedienung und billiger Berechnung.

Karussell [illegible]

Bäckerlehrling gesucht. Treff, [illegible] Sonnenstraße.

Billig! **Schuhwaren.** Billig!

Große Posten Herren-, Damen-, Kinder-Stiefel und Stiefeletten, Knopf-, Schnürhalbschuhe, Socken, Pantoffeln billig nur **Schmidtstrasse 44.** 13

Ein Damen-Maskenanzug zu verleihen [illegible], Schöneeckerstr. 17 II

Berlin und Dresden!

[illegible] 1 Ranges — 1896 [illegible] — zu verkaufen.

Kfm. Georg Klix, Dresden 16.

Zum Straßenkehrer [illegible] Annastr. 33 IV

Breiteweg 89-90.

Bettstelle mit Matratze, sehr gut gearbeitet, mit 40 und 45 Federn, 28, 50 Mk., Kleiderschrank von 26 Mk. an, Kommoden von 17 Mk. an, sowie Spiegel, Tische, Stühle, alles zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Nur Breiteweg 89-90

14 **Georg Mook.**

Stube, Küche (4 Th.) [illegible] 52

21

Zu vermieten

Stube, Kammer, Küche

Kurfürstenstraße 35.

Möbl. Wohnung [illegible] Bergstraße 10

[illegible] Fürstenwallstr. 8

Rogätzerstrasse 55

freundl. Wohnung zu 34 Thlr. an [illegible] zum 1. April zu vermieten. 2232

Homöopathie!

Visser, homöopath. Prakt

Magdeburg, Jakobstraße 3

[illegible]

Heilung sämmtlicher Krankheiten.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 16. Januar.

Othello.

Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare.

Wilhelm-Theater.

Donnerstag, den 16. Januar.

Die Kirlschülerin.

Küchenzettel der Haushaltungsschule des Damenheims

Breiteweg 82.

Donnerstag: Erbsuppe mit geröstetem Semmel, Frisch-Stew.

Freitag: Weiße Bohnensuppe mit Rindfleisch, Salzkartoffeln und Mostrichsauce.

Sonnabend: Brühsuppe, Milchreis und Bratwurstklößchen.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen.

1. Küche Thränsberg 37; 2. Küche Große Münzstraße 7; 3. Küche Schmiedehofstraße 61, Neustadt.

Donnerstag: Erbsensuppe mit Rippenspeer

Freitag: Grüne Bohnen mit Hammelfleisch

Sonnabend: Graupensuppe mit Rindfleisch

Standesamt.

Magdeburg, den 14 Januar.

Aufgebot: Schneider Karl August Heidelmann in Frankfurt a. M mit Luise Limbach in Wetzlar. Schiffer Gust. Abraham mit Charlotte Wolf in Nienburg a. S. Schneider Gustav Zenk mit Auguste Richter hier. Schlosser Jul. Karl Franz Kümpler mit Pauline Köhner in Kotte. Maschinist Friedrich Köhlert hier mit Auguste Elise Emilie Berche in Hedersleben. Fahr. Förster Ernst Karl Will Heinrich Adolf Rowraip in Seebach mit Martha Olga Kurth hier Arb. Friedrich Gräp mit Emma Laube in Schwemsal. Fleischer Wilhelm Reinecke mit Marie Ulrich hier. Dr. med. Paul Thiele in Hoym mit Mathilde Hägemann hier. Kaufmann Friedrich Robert Unterbeck mit Emma Bormann hier. Vergolder Wilhelm Schnert in Dresden mit Bertha Oehme hier. Sergeant im Infanterie-Regiment Nr. 66 Theodor Tießner mit Helene Zettel hier. Molkerei-Verwalter Emil Ohs Bitz mit Johanne Dorothee Friederike Specht in Zielitz Molkerei gehilfe Paul Gustav Hartmann in Glenndorf mit Anna Auguste Olinde Trautmann in Eilsleben

Eheschließung: Schlosser Paul Krebs mit Ida Miele hier.

Geburten: Adolf, S. des Bureau-Beamten Adolf Albrecht. Adalbert, S. des Barbierherrn Albert Schmidt. Walter S. des [illegible] Karl Friedrich. Joachim S. des [illegible] Herm. Dae. Margarete, T. des [illegible] Karl Scheb. Emma T. des [illegible] Willy Gränitzel. Martha, T. des Feuermanns Karl Fiedler. Charlotte, T. des städt. Lehrers Gustav Friedrich. Hans, S. des Generalagenten [illegible] Kegler. Wally, T. des Fabrikarb. Otto Dregt. Heinz, S. des Kaufmanns [illegible] Jänecke.

Todesfälle: Marie, T. des Oberlehrers Dr. phil. Edmund Straeter, 5 J. 9 M. 10 T. Walter, S des Barbierherrn Wilhelm Eichbaum, 18 T. Otto, unehelich, 1 J 4 M. 16 T. Friederike geb. Zimmermann, Ehefrau des Hafenarbeiters Elias Simroth, 47 J 4 M. 20 T. Erich, S. des Arbeiters Ernst Brenner, 1 J. 11 M. 13 T. Paul, unehelich, 2 M. 28 T. Friedrich Bublert, ehem. Maurergeselle, 72 J. 4 M. 24 T. Franziska geb. Rhufeld, Ehefrau des Masseurs Emil Stübert, 34 J. 10 M. 24 T. Alfred Löhr, Kaufm., 33 J. 1 M. 12 T.

Totgeburt: Ein S., unehelich.

Sudenburg, 14. Januar 1896.

Eheschließung: Magistrats-Bur.-Assistent Karl Gustav Otto Joerß mit Luise Alwine Agnes Grupe hier.

Aufgebote: Schuhmacher Louis Jul. August Spieß mit Wilhelmine Marie Emma Scheffer hier. Klempner Heinrich Wilhelm Ziehm hier mit Emilie Ida Bertha Heuer in Flechtingen.

Geburten: Erna, T. des Schlossers Wilhelm Hilper Agnes, T. des Arbeiters Karl Brüggemann. Arthur, S des Jugen. Adolf Bürck. Karl, S. des Arbeiters Karl Kaufhold. — Martha, T. des Gelbgießers Julius Berger. Walter, S. des Arbeiters Gustav Schild. Josef, S. des Arbeiters Simon Krysiak. Alwin, S. des Arbeiters Alois Ratermann.

Todesfälle: Anton, S. des Arb. Franz Konsert, 3 J. 15 T. Witwe Köpchen, Georgine geb. Franke, 85 J. 8 T.

Buckau, den 14 Januar 1896

Aufgebot: Reisender Heinrich Otto Alfred Meyer mit Frieda Emilie Minna Hülsemann hier.

Geburten: Eine unehel. Tochter des Barbierherrn Hermann Blume. Hans, S. des Kaufm. August Ring. Margarete, T. des Drechslers Hermann Lahne.

Todesfälle: Eine unehel. T. des Barbierherrn Herm. Blume, 2 T. Frieda, T. des Formers Hermann Richter, 12 T. Therese geb. Dette, Ehefrau des Portiers Gottgetreu Siebke, 59 J. 11 M. 4 T. Gertrud, T. des Drehers Wilhelm Ralph, 14 T.

Neustadt, den 14. Januar 1896

Eheschließung: Maurer Gustav Baumgarten mit Ida Wathjack.

Geburten: Frieda, T. des Arbeiters Wilhelm Giechau. Else, T. des Zimmermanns Wilhelm Maeckel. Otto, S. des Maurers Hermann Meinecke. Willy Gustav, unehelich. Ernst, S. des Arbeiters Karl Reusche. Anna Frieda, T. des Arbeiters Hermann Brasz. Else, T. des Arbeiters Richert Hubert. Ella, T. des Schiffers Gust. Schliep. Else, T. d. Arb. Fedr. Gose.

Todesfälle: Erich und Walter, Zwillingssöhne des Brauers Josef Kinner, 1 M. 19 T.

Totgeburt: Ein Sohn des Arbeiters Ludwig Puple.

Hierzu als Beilage Bogen 6 des Romans: Die Waffen nieder.